

## „Gedenkprojekt 75 Jahre Museums- und Kulturgutzerstörungen in der NS-besetzten Sowjetunion 2015-17: neue Perspektiven, neue Begegnungen, neue Erfahrungen.“

(Verein z. Völkerverständigung mit MSOE, Berlin-Pankow, 31.07.2015)

Die Beziehungen Russlands zur EU und zu Deutschland sind seit 18 Monate stark angespannt, belasten die Wirtschaft, den Kulturaustausch und lassen mangels effizienter Lösungen ein neues Wettrüsten befürchten. Während die ns-besetzten Benelux-Staaten und Frankreich Wiedergutmachung, Dokumentation der Okkupationsschäden und starke Förderung des Jugendaustausches erlebten, ist dies gegenüber Russland nur minimalst geleistet worden. Ein Herzstück der bilateralen Spannungen stellt der Streit um die 1945/46 in die Sowjetunion verbrachten Kulturgüter dar. Nach kontroversen Debatten vollzog 1998 die Staatsduma gegen die Meinung des russischen Präsidenten die Beschlagnahme als russisches Eigentum. Deutschland dagegen fordert weiterhin die Rückgabe mit Hinweis auf das Völkerrecht, siehe Eklat bei einer Ausstellungseröffnung am 21. Juni 2013 in Petersburg. Die radikale Verachtung des Völkerrechts durch neun Mio temporär und drei Mio permanent kämpfender deutscher Soldaten mit Zerstörung von 1.000 Städten, 10.000 Ortschaften, Plünderung und Zerstörung von unendlich vielen Kultureinrichtungen in der ns-besetzten Sowjetunion wurde dabei einfach ignoriert. Im September 2014 hat der Präsident der ICOM, Dr. Michael Henker, öffentlich die Schutzwürdigkeit von russischen Kulturgütern nach Art. 56 der Haager Landkriegsordnung anerkannt.

**Fakten statt Pathos:** Unter den 27 Mio Opfern des Vernichtungskrieges im Osten entstammt ein großer Anteil nichtregulärer Kriegshandlungen, z.B. geplanter Hungertod in Leningrad. Dies führt zu einem hohen Maß an Bitterkeit und Traumatisierung, welche, wenn nicht aufgearbeitet, an die nächste Generation abgeschwächt weitergegeben werden. Das Projekt möchte die einseitige Informationsprägung des Kalten Krieges in Berlin-West und der alten Bundesrepublik beenden helfen und die vorsätzliche Völker- und Kulturverachtung gegenüber den östlichen Nachbarn durch öffentliche, mehrsprachige Gedenkzeichen konkret und unübersehbar sichtbar machen. Es sind hierzu sechs bis acht neue, deutsch-russische Gedenkzeichen, eine vorlaufende internationale Fachkonferenz zur gemeinsamen Beratung von Inhalten und Form sowie öffentlich sichtbare Einweihungsfeiern mit Beteiligung der Zivilgesellschaft vorgesehen.

**Traumata überwinden helfen durch neue, sinnliche Erfahrungen:** Während des II. Weltkrieges war es den 500.000 Zwangsarbeitern in Berlin nicht gestattet, mit Deutschen zusammen zu essen oder bei Bombenangriffen Bunker zum Schutz aufzusuchen. Die Anerkennung von deutscher Schuld und russischer Kulturverachtung zweisprachig im öffentlichen Raum wird als besonders vertrauensbildend und effektiv erwartet, wenn ausländische Gäste dabei anwesend sind. Weil das Auswärtige Amt historisch zeitweise 300 Mitarbeiter des „Sonderkommando Künsberg“ finanzierte, soll es nun nach dem Verursacherprinzip zur Finanzierung der Einladung von 430 Gästen aus den GUS-Staaten und der Russischen Föderation herangezogen werden. In einer Woche der Begegnung soll dann jeden Tag ein oder zwei neue Gedenkzeichen eingeweiht werden. Als sinnlicher Höhepunkt soll vermittelt werden die Einladung der Gäste zu einem Privatessen bei honorigen deutschen Bürgern (Politiker, Kulturschaffende, Akademiker). Nach Rückkehr der Gäste wird ein überragend positives Medienecho in Russland und damit eine Grundbefriedung der bilateralen Beziehungskrise erwartet, zum Wohle ganz Europas.